„V 4“ statt „Hartz IV“?

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet jetzt, dass die Bundesregierung beabsichtigt, den ungeliebten Begriff „Hartz IV“ durch das griffigere Kürzel „V 4“ zu ersetzen.

mensgebung gesellschaftlich auszugrenzen, hieße diese Leistungsträger doppelt zu bestrafen, was nach deutschem Recht nicht vorgesehen sei. Möglicherweise möchte die Bundesregierung auf einen Vorschlag während des Gesetzgebungsverfahrens zum Sozialgesetzbuch II (SGB II) zurückgreifen. „Vermeidungsgesetz öffentlicher Armenhilfe“ sollte nach Meinung einer Minderheit das jetzige SGB II heißen. Die Ziffer 4 sollte auf § 4 Subventionsgesetz (SubvG) hinweisen. Da heißt es in Abs. 2: „Die Gewährung einer Subvention ist ausgeschlossen, wenn im Zusammenhang mit einer Subvention eine Handlung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen wird.“ Für das SGB II übersetzt: wer für sich Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne des Grundgesetzes wie Freizügigkeit (Art.11) oder Verbot der Zwangsarbeit (Art.12) in Anspruch nimmt, bekommt die staatliche Subvention des ALG II gekürzt oder überhaupt nicht.

Aus rechtssystematischen Gründen sollte das „Vermeidungsgesetz öffentlicher Armenhilfe“ ursprünglich als besonderer Teil des Strafgesetzbuches (StGB) eingeführt werden. Dass man letztlich auf die Einfügung verzichtet hat, hängt damit zusammen, dass als Höchststrafe im StGB lebenslängliche Haft vorgesehen ist – allerdings bei Sicherstellung von Unterkunft, Ernährung und Bekleidung. Im SGB II wird auf letzteres verzichtet; nämlich dann, wenn Delinquenten wiederholt so verwerfliche Taten (im Gesetzestext: „Pflichtverletzungen“) begehen wie die Weigerung, eine angebotene Eingliederungsvereinbarung abzuschließen oder in einer solchen Vereinbarung festgelegte Pflichten zu erfüllen oder eine Arbeitsgelegenheit für einen Euro pro Stunde aufzunehmen.

Wäre das „Vermeidungsgesetz öffentlicher Armenhilfe“ Teil des StGB geworden, dann hätten die Folgestraftaten nach Wegfall des ALG II (z.B. Diebstahl von Lebensmitteln) zusammen mit den o.g. Pflichtverletzungen als Gesamtstrafe gehandelt werden können, womit bei einer Haftstrafe Kosten der Unterkunft und Ernährung wieder gesichert gewesen wären, was mit den Sanktionen im SGB II ja gerade vermieden werden sollte.

Die Annahme, wonach die geplante Umbenennung Ergebnis selbstkritischer Reflexionen der Bundesregierung sei, wurde weder bestätigt, noch dementiert, ist jedoch als Erklärung eher unwahrscheinlich. Nach dieser These kürze der Buchstabe „V“ das Substantiv „Vergehen“ ab. Damit solle eingestanden werden, dass sich die rot-grüne Regierung ebenso wie die amtierende mit Einführung und Verschärfung des SGB II an den Armen und Arbeitslosen vergangen habe. Denn diese fristen wegen der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ ein Dasein, das deutlich unterhalb der von der EU festgesetzten Armutsgrenze liegt.

Durchaus im Rahmen der Möglichen bewegt sich die „Vergeltungstheorie“. Schon einmal in der deutschen Geschichte musste der Buchstabe V für „Vergeltung“, genauer „Vergeltungswaffe“ stehen (damals in Verbindung mit den Ziffern 1 und 2). Die Vergeltung sollte sich seinerzeit aber angeblich nicht – im Gegensatz zu Hartz IV – gegen das eigene Volk richten. Das Überspringen der Ziffer 3 zu „V 4“ stellt die historisch berechtigte und notwendige Distanz her.

Nachvollziehbar ist diese Theorie aus Sicht von Vermögenden und Gutverdienern. „Eure Armut kotzt uns an“ – ein unausgesprochener Gedanke von Anhängern neoliberaler Heilskunde. Den Arbeitslosen ihre Drückebergerei und den Armen ihren Mangel an Einkommen und Vermögen zu vergelten, war schon länger Triebfeder des Sozialabbaus und gipfelte im SGB II. Insofern wäre „Vergeltungswaffe“ die ehrlichste Übersetzung für „V 4“.

Da sich in weiten Bevölkerungsteilen und selbst in Amtsstuben der Grundsicherungsbehörden die neue Bezeichnung „V 4“ zunehmend durchsetzt, ist es an der Zeit, dass sich die Bundesregierung zu den Hintergründen der geplanten Umbenennung klar äußert.

Martin Steinbrenner *1958

Sozialarbeiter in Stuttgart.

Martin.Steinbrenner@gmx.de